

SoVD protestiert gegen unausgewogene Sparvorhaben der Regierung

Kürzungen treffen Hilfebedürftige

Fast acht Monate hat sich die Koalition nicht greifbar über ihre Sparvorhaben geäußert. Jetzt – nach Bekanntwerden des einmaligen Kürzungskataloges in Höhe von 80 Milliarden Euro bis 2014 – wird deutlich: Ganz konkret und unmittelbar spart der Staat erstmal nur bei denjenigen, die eigentlich Unterstützung brauchen – bei Hartz-IV-Empfängern, Rentnern und jungen Familien. So sollen die Übergangszuschläge für Arbeitslose künftig wegfallen, Ansprüche auf Eingliederungshilfen in Ermessensleistungen umgewandelt und das Elterngeld für Arbeitslosengeld-II-Empfänger ganz gestrichen werden. Zudem sollen bei Langzeitarbeitslosen die Zuschüsse zur Rentenversicherung eingespart werden. Während die Maßnahmen von führenden Regierungsmitgliedern als „sozial gerecht“ und „ausgewogen“ bezeichnet wurden, reagierten Gewerkschaften, der SoVD und andere Verbände mit Empörung und Protest auf die Kürzungen im Sozialbereich. Und selbst aus den eigenen Reihen der Koalition kommt der Einwand einer massiven Schiefelage bei den geplanten 80 Milliarden Belastungen.

Für das kommende Jahr sieht die Koalition bereits Kürzungen von 13,2 Milliarden Euro vor. Um hierbei möglichst wenige der geplanten Kürzungsmaßnahmen im Bundesrat zur Abstimmung bringen zu müssen, will die schwarz-gelbe Regierung ihre Vorhaben in zwei Gesetze aufteilen. Davon ist nur ein kleiner Teil zustimmungspflichtig. Hintergrund ist der Verlust der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat in dem angekündigten Falle, dass SPD und Grüne bald eine rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen bilden. Allein der Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger muss der Bundesrat aller Voraussicht nach zustimmen – ein mit rund 100 Millionen Euro Volumen vergleichsweise geringer Posten.

Den Großteil der Kürzungspläne,



Illustration: Steffi Rose, Foto: Gallup /gettyimages

Ungerecht und ökonomisch zweifelhaft: Die Ärmsten sollen einen Großteil der Krisenkosten zahlen – während die mittleren und oberen Einkommen weitgehend verschont bleiben. Selbst aus den eigenen Reihen der Regierungskoalition kommt der Vorwurf einer massiven sozialen Schiefelage bei den geplanten 80 Milliarden Belastungen.

die Anfang Juli im Kabinett beraten werden sollen, um im September gleichzeitig mit den Haushaltsberatungen für 2011 im Bundestag beschlossen zu werden, will die Bundesregierung hingegen ohne die Zustimmung der Länder verabschieden. Von der genauen Formulierung der einzelnen Gesetzestexte wird abhängen, ob im Bundesrat von einem Vetorecht Gebrauch gemacht werden kann.

Von einer „Zerreißprobe des sozialen Zusammenhaltes in Deutschland“ spricht SoVD-Präsident Adolf Bauer angesichts der aktuellen Berichte über die geplanten Einschnitte. „Die vorgesehenen Sparmaßnahmen treffen vor allem sozial Benachteiligte und beziehen starke Schultern viel zu wenig ein“, mahnt Bauer. Und: „Durch die anvisierte Rotstift-Politik bei den Rentenbei-

trägen für Langzeitarbeitslose, dem befristeten Zuschlag sowie Eingliederungsmaßnahmen und Elterngeld soll vorrangig bei Menschen gekürzt werden, denen jetzt schon das Wasser bis zum Hals steht.“ Bleibe die Bundesregierung bei ihren Vorhaben, so sei eine gefährliche soziale Schiefelage programmiert, deren Folgen nicht absehbar seien. Es dürfe nicht zuerst bei den Schwächsten gekürzt werden, so der SoVD-Präsident in einer entsprechenden Pressemitteilung.

Die Willkür der sozial ungerechten und offenbar auch ökonomisch fragwürdigen Sparvorhaben (Siehe auch „Blickpunkt“, Bericht „Sparpaket verschärft Ungleichheit“ auf Seite 2 und den Beitrag der SoVD Jugend auf Seite 7) zeigt sich besonders deutlich an den Kürzungen beim Elterngeld: Während für mittlere und höhere Einkommen die

Ansprüche geringfügig gesenkt werden, wird Hartz-IV-Empfängern die Leistung komplett gestrichen. bei Netto-Einkommen ab 2687 Euro soll hingegen das Elterngeld überhaupt nicht gekürzt werden! Das seitens der Regierung vorgebrachte Argument, das Elterngeld, welches Berufstätigen die Entscheidung für ein Kind erleichtern soll, sei in erster Linie familienpolitisch orientiert, überzeugt hier wenig. Denn vor diesem Argumentationshintergrund müsste die Regierung allen Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht berufstätig waren, die Zuwendungen streichen. 400 Millionen will die Koalition durch diese einseitige Maßnahme zulasten sozial benachteiligter Menschen einsparen. Zum Vergleich: Der Staat zahlt insgesamt 4,5 Milliarden Euro an Elterngeld.

Fortsetzung auf Seite 2

Rentenanpassung 2010: Kein Grund zum Jubeln

Nullrunde für Rentner führt erneut zu Kaufkraftverlusten

Seite 3



„Begreifen, was uns bewegt“

Ausstellung macht Medizintechnik spielerisch erfahrbar

Seite 12

Hartz-IV-Empfänger dürfen Wohnort wählen

Bundessozialgericht fällt Grundsatzurteil

Seite 5



Ehrenamtliches Engagement im Alter

Zukunftssymposium widmete sich Beteiligungsmöglichkeiten von Senioren

Seite 6



Anzeige

www.menschenAb50.de

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Interesse?:

ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für Verbandsgruppen-
versicherungen, 22287 Hamburg

ERGO



Blickpunkt

Mit der Begründung, dass man nicht länger über seine Verhältnisse leben dürfe, hat die schwarz-gelbe Regierung einen in der deutschen Geschichte einmaligen Maßnahmenkatalog zusammengestellt. Als „Sparpaket“ machten die Kürzungen in der Medienberichterstattung schnell die Runde. Irreführend und beschönigend ist der Begriff gleich in doppelter Hinsicht. Erstens, weil er suggeriert, dass nun diejenigen sparen müssen, die vorher zu viel ausgegeben haben, und davon kann bei den

Hauptbetroffenen – Familien, Langzeitarbeitslosen und Rentnern – nun wahrlich nicht die Rede sein. Und zweitens, weil der Begriff „sparen“ per Definition glauben machen will, dass hier derzeit freie Mittel zurückgelegt würden. „Gespart“ wird nämlich gemeinhin zu dem Zweck, später größere Anschaffungen zu ermöglichen – für diejenigen, die vorher verzichtet haben, versteht sich. Es kann auch gespart werden, um für Not Situationen vorzubeugen, etwa den Folgen von Krankheit, Arbeitslosigkeit

oder Erwerbsminderung. Vor diesem Hintergrund sind die jetzt als „Sparpaket“ verkauften Sozialkürzungen an Zynismus kaum zu überbieten. Das sogenannte Sparpaket erspart sich vielmehr selbst, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die das Fiasko auf den Finanzmärkten angeordnet haben und bittet Menschen zur Kasse, die nicht Verursacher der Krise sind, aber heute bereits am meisten darunter zu leiden haben.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident